

Nr. 365 | 02.06.2026

Polen-Analysen

Die Partei Polen 2050

ANALYSE	
Die Partei Polen 2050 und ihr Zwischenspiel als Dritter Weg Rafał Kalukin, Warschau	2
UMFRAGEN	
Parteipräferenzen	7
CHRONIK	
19. Mai – 1. Juni 2026	10

Die Partei Polen 2050 und ihr Zwischenspiel als Dritter Weg

Rafał Kalukin, Warschau

DOI: 10.31205/PA.365.01

Zusammenfassung

Das Bündnis Dritter Weg (Trzecia Droga) entstand vor den Parlamentswahlen im Herbst 2023. Es war eine pragmatische Allianz zweier Parteien, die bisher nicht viel gemeinsam gehabt hatten, aber nun gegenseitige Unterstützung brauchten, um über die festgelegte Prozenzhürde zu kommen. Die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) ist eine klassische Agrarpartei, die in den letzten zwanzig Jahren infolge der Strukturveränderungen im ländlichen Raum an Bedeutung verloren hat. Polen 2050 (Polska 2050) ist eine junge politische Bewegung ohne klares Profil. Gegründet hat sie der beliebte Publizist und TV-Moderator Szymon Hołownia nach seinem beachtlichen Abschneiden bei den Präsidentschaftswahlen 2020. Bei den Parlamentswahlen erhielt der Dritte Weg überraschend mehr als 14 Prozent der Stimmen und trug bedeutend dazu bei, dass die von der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführte Regierung nach acht Jahren abgelöst werden konnte. So wurde das Bündnis eine der Säulen der neuen Regierungskoalition. Allerdings gelang es Hołownia in der neuen Rolle des Sejmmarschalls nicht, gute Beziehungen zu Ministerpräsident Donald Tusk aufzubauen. Es kam zu einer Krise sowie zur Auflösung des Dritten Weges. Wieder selbständig, kämpfen Polen 2050 und die PSL ums politische Überleben und sind aktuell in den Meinungsumfragen die Schlusslichter des Regierungslagers, was dessen Chancen verringert, bei den Parlamentswahlen 2027 die Mehrheit zu erhalten.

Zu den Parlamentswahlen im Oktober 2023 in Polen traten die Parteien der damaligen prodemokratischen Opposition jeweils in Eigenregie mit drei voneinander unabhängigen Wahllisten an. Das erwies sich als Schuss ins Schwarze, denn das damals ausgeprägte Bewusstsein, dass es das übergeordnete Ziel sei, die rechtspopulistische, von der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführte Regierung abzulösen, reduzierte in der entscheidenden Wahlkampfphase die Neigung im demokratischen Lager, sich gegenseitig anzugreifen. Gleichzeitig hatten die Parteien des demokratischen Lagers dadurch die Möglichkeit, Wählergruppen mit sehr unterschiedlichen, einander häufig auch ausschließenden ideologischen Präferenzen anzusprechen.

Es bildete sich eine spezifische Aufgabenteilung heraus: Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) stand vor allem für die Verteidigung der Verfassung, den Wiederaufbau der Institutionen des liberalen Staates sowie die Abrechnung mit denjenigen Akteuren, die für deren Demontage verantwortlich waren. Das war insbesondere für die älteren Wähler wichtig, die noch die Zeit der kommunistischen Volksrepublik in Erinnerung hatten. Ein Angebot an die jüngere Generation kam von der Neuen Linken (Nowa Lewica), die in Fragen der Gleichberechtigung viel glaubwürdiger war. Der Dritte im Bunde war schließlich der Dritte Weg (Trzecia Droga), ein lockeres Bündnis aus Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und Polen 2050 (Polska 2050). Sie verbanden im Wahlkampf einen gemäßigten Konservatismus mit wirtschaftlichem Liberalismus.

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung und der Bildung einer gemeinsamen Regierung begann das bisherige, im Wahlkampf bewährte Zusammenspiel allerdings seine Vorzüge zu verlieren. Es schwand der Eindruck, dass sich die drei Gruppierungen ergänzten; vielmehr stellten die Partner zunehmend ihre Unterschiede heraus. Das zeigte sich bereits beim Koalitionsvertrag, der sich als ausgesprochen lakonisch entpuppte. Viele Wahlversprechen wurden nicht aufgenommen, weil es der Koalition nicht gelang, einen Konsens herzustellen. Hinzu kam, dass die Regierung von Beginn an unter sehr ungünstigen politischen Bedingungen arbeiten musste, denn sie hatte mit Präsident Andrzej Duda aus dem Lager der PiS einen mit Vetorecht ausgestatteten Gegenspieler. Duda wurde nach den Präsidentschaftswahlen 2025 von dem noch stärker auf Konfrontation ausgerichteten Karol Nawrocki abgelöst.

Der eingeschränkte Handlungsspielraum der Regierung rief daher immer neue Spannungen in der Koalition hervor und trieb den internen Wettbewerb um mehr Sichtbarkeit an. Das spiegelte sich sehr bald in den Umfragen wider: Allein die Bürgerkoalition von Ministerpräsident Donald Tusk gewann an Zustimmung und führt seit mehr als zwei Jahren die Umfragen an. Zurzeit liegt sie ca. zehn Prozentpunkte vor der PiS. Das mag insofern verwunderlich erscheinen, als Ministerpräsident Tusk keine imponierenden Umfragewerte aufweist. Allerdings kommt es unter den Umständen der starken Polarisierung der politischen Landschaft nicht so sehr auf die Effektivität der Regierungsarbeit

an als vielmehr darauf, die Gegenseite von der Machtübernahme abzuhalten. Aus Sicht vieler Wähler ist der aktuelle Regierungschef der einzige Politiker, der die Fähigkeit hat, Wahlen zu gewinnen.

Die übrigen Koalitionspartner jedoch schwächeln seit den letzten Wahlen. Die Umfragewerte der Neuen Linken sanken um ca. zwei Prozentpunkte. Allerdings hält sie immer noch eine so stabile Unterstützung, dass sie sich mit Blick auf die Parlamentswahlen 2027 relativ sicher sein kann, in den Sejm einzuziehen. Ganz im Gegenteil zum Dritten Weg, der nach dem unerwartet guten Wahlergebnis im Jahr 2023 (14,4 Prozent) in eine so tiefe politische Rezession fiel, dass sogar seine Anführer den Glauben an das gemeinsame Bündnis verloren und im letzten Jahr die Trennung bekannt gaben. Zurzeit liegt der Umfragedurchschnittswert der PSL bei 3,2 Prozent, Polen 2050 wiederum befindet sich mit 1,6 Prozent Unterstützung im freien Fall. Mit anderen Worten, der einstige Dritte Weg hat ganze zwei Drittel seiner Unterstützer verloren, das sind ca. zwei Millionen Wählerstimmen.

Was ist mit diesen Wählern geschehen? Partielle Untersuchungen und die politische Intuition legen nahe, dass die meisten zur Bürgerkoalition abgewandert sind. Ein gewisser Anteil hat die Oppositionspartei Konföderation (Konfederacja) gestärkt, und der Rest scheint passiv geworden zu sein. Für die Regierungskoalition und ihre Anhänger sind das zwei ernste Probleme. Erstens haben die PSL und Polen 2050 aktuell keine Aussichten, selbständig zu bestehen, erfreuen sich aber trotzdem der Unterstützung von insgesamt ca. fünf Prozent der Wähler. Wenn also jetzt Wahlen stattfänden und die beiden Parteien unter der festgelegten Prozenzhürde blieben, würde der faktische Verlust dieser Wähler darüber mitentscheiden, dass eine rechte Mehrheit in den Sejm einzieht. Zweitens: Die Implosion einer der bisherigen Säulen der Koalition hat ihr Gleichgewicht gestört und immer ernstere Konflikte in der Regierung und ihrem politischen Umfeld hervorgerufen. Dies gilt besonders für Polen 2050 sowie ihren ruhelosen Gründer Szymon Hołownia.

Gegen das »Duopol«

Polen 2050 ist auf eigentümliche Weise und von Anfang an in Widersprüche verstrickt. Die Gruppierung entstand als Protestbewegung gegen die tief reichende Spaltung der polnischen Politik, die seit zwei Jahrzehnten von den Anführern der gegnerischen Lager Donald Tusk und Jarosław Kaczyński (PiS) dominiert wird. Die persönliche Komponente ihrer Rivalität ist hier insofern von Bedeutung, als sich beide Politiker ihre Partei derart untergeordnet haben, dass sie praktisch nicht ersetzbar sind. Ihr langjähriger Konflikt hat sich mit toxischen Emotionen verflochten, die auch an den Wählern nicht spurlos vorbeigegangen sind und tiefe gesellschaftliche Gräben gerissen haben.

Doch obgleich Parlamentswahlen in der Publizistik regelmäßig als Gefecht zwischen dem »Tuskschen Polen« und dem »Polen Kaczyńskis« angekündigt wurden, gab es immer auch einen Randbereich, der es ablehnte, sich an diesem Krieg zu beteiligen. Es war das »dritte Polen« eigener Prägung, das seine politische Eigenständigkeit im Widerstand gegen den Krieg des sog. »Duopols« fand – also des Konfliktes zwischen der PiS und der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Vorgängerin der Bürgerkoalition. Im Laufe der Jahre hatten es sich verschiedenste Anführer an der Spitze eilig zusammengezimmelter politischer Bewegungen zur Aufgabe gemacht, diese von dem spezifischen Kontext definierte Identität des »dritten Polen« zu repräsentieren. Keine der Gruppierungen war jedoch imstande, sich länger in der politischen Szene zu halten.

Einer dieser Anführer war der 43-jährige Szymon Hołownia, der 2019 seinen Antritt bei den Präsidentschaftswahlen bekannt gab. Das war eine große Überraschung, da er vorher nicht viel mit Politik zu tun gehabt hatte. Er kam aus der Medienbranche und war ein populärer TV-Star. Wer sich besser auskannte, wusste, dass er auch ein katholischer Publizist und Autor von Büchern war, in denen er eine offene Form des Katholizismus vertrat. In seiner neuen Rolle nahm er die Pose eines politischen Messias ein, der versprach, die polnische Politik zu erneuern und ihr die vom Krieg Tusk gegen Kaczyński zerstörten Werte wie Zusammenarbeit, Kompromiss und Gemeinwohl zurückzugeben. Er mied die klassischen ideologischen Zuschreibungen und stellte sein Programm aus verschiedenen Wertesystemen zusammen. Er war proeuropäisch und verteidigte die unter der PiS-geführten Regierung angegriffene Verfassung, als Katholik zeigte er sich skeptisch gegenüber progressiven Schlagworten (u. a. dem Recht auf Abtreibung), er sprach sich für die Weiterentwicklung der Daseinsfürsorge aus und verband im Bereich Wirtschaft soziale und marktwirtschaftliche Forderungen.

Hołownia betrat zu einem außergewöhnlichen Zeitpunkt die politische Bühne, und zwar als die zweite Legislaturperiode der antiliberalen PiS-Regierung begann und sich die Bürgerplattform nach der zweiten Wahlniederlage in Folge in einer schweren Krise befand. Bereits das fünfte Jahr ohne Donald Tusk, der zwischenzeitlich Präsident des Europäischen Rates der EU geworden war, war die PO nicht in der Lage, eine starke Führung aufzubauen. Verlorene Präsidentschaftswahlen würden ihre Vormachtstellung in der Opposition beenden, so Hołownias Kalkül.

Es kam auch fast dazu, da die von der Bürgerplattform aufgestellte, kaum profilierte Kandidatin völlig hilflos wirkte, als die aufkommende COVID-19-Pandemie den Rhythmus und die Logik des Wahlkampfes störte. Der bis dahin geringgeschätzte Hołownia wurde plötzlich zu einem Hauptanwärter auf den Einzug in den

zweiten Wahlgang, und manche Umfragen gaben ihm sogar eine Chance, den aktuellen Präsidenten Andrzej Duda abzulösen. Die Träume platzten, als der Wahltermin aufgrund der Pandemie verschoben wurde und die Bürgerplattform die Möglichkeit hatte, ihre Kandidatin auszutauschen. Rafał Trzaskowski, der erst gegen Ende in den Wahlkampf eintrat, erhielt die Unterstützung der KO-Kernwählerschaft und kam in den zweiten Wahlgang, den er um Haaresbreite gegen Andrzej Duda verlor.

Für Hołownia war das der erste »Stachel im Fleisch«. Er beklagte sich öffentlich, dass das sog. »Duopol« ihm die Präsidentschaft geraubt habe. Die 14 Prozent Unterstützung, die Hołownia im ersten Wahlgang erreicht hatte, waren dennoch ein solides politisches Kapital, weshalb er sich entschied, sein politisches Abenteuer fortzusetzen. Kurze Zeit später gründete er die Partei Polen 2050. Der Name sollte die Ambitionen ihres Anführers verdeutlichen, der seine Aufmerksamkeit lieber auf die Zukunft richtete und es ablehnte, sich am brutalen politischen Konflikt zu beteiligen.

Bereits im ersten Jahr ihres Aufbaus gelang es der Partei Polen 2050, die Bürgerplattform in den Umfragen zu überholen. Der positive Trend endete jedoch im Sommer 2021, als Donald Tusk aus Brüssel in die polnische Politik zurückkehrte. Die alte Hierarchie wurde sofort wiederhergestellt, was Hołownia abermals persönlich nahm. Seine Beziehung zu Tusk war von Beginn an angespannt. Sie kannten sich vorher nicht, und altersmäßig trennte sie eine Generation. Hinzu kam, dass Tusk mit Blick auf die Parlamentswahlen 2023 Druck auf die übrigen demokratischen Oppositionsparteien ausübte, mit dem Ziel, eine gemeinsame Liste zu bilden. Er argumentierte, dass so das bestmögliche Ergebnis erzielt werden könne, während die kleineren Parteien befürchteten, dass der »Platzhirsch« die Situation ausnutzen und sie sich einverleiben würde, sie also politisch entmündigt würden.

Hołownia wehrte sich am längsten, was zu zahlreichen Konflikten führte. Einige Monate vor den Wahlen war die Perspektive für Polen 2050 zunehmend unklar; ihre Umfragewerte sprachen nicht für einen sicheren Einzug in den Sejm. In einer ähnlichen Lage sah sich auch die PSL. Und obgleich beide früher nicht viel miteinander verbunden hatte, beschlossen sie, ein Bündnis zu bilden. So entstand der Dritte Weg.

Auf den Gipfel und wieder runter

Es war eine Vernunftfehe. Polen 2050 erinnerte in seiner Struktur an eine spontane Kampagne mit zufällig ausgewähltem Personal und ohne Organisationskultur. Die PSL dagegen ist die älteste existierende polnische Partei und kommt aus der Tradition der bäuerlichen Volksbewegung, die es sich Ende des 19. Jahrhunderts zur Aufgabe gemacht hatte, die aus der feudalen Abhängigkeit befreite polnische Bauernschaft politisch zu ermächtigen. Später hat sie in ver-

schiedenen Häutungen zahlreiche Stürme der Geschichte überstanden, um dann nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der aktuellen Form aufzutreten.

Als typische Klientelpartei hat die PSL in den 1990er Jahren eine bedeutende Position erlangt. Sie hat in zwei Koalitionen mit der postkommunistischen Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) mitregiert und sogar einen Ministerpräsidenten gestellt. Ihre Position verdankte sie der kleinteilig strukturierten polnischen Landwirtschaft, deren Basis damals mehr als zwei Millionen Familienbetriebe bildeten. Das war das natürliche gesellschaftliche Fundament der PSL.

Nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 neigte sich ihr goldenes Zeitalter jedoch dem Ende zu. In der neuen, von Wettbewerb geprägten Umgebung begann sich der landwirtschaftliche Sektor zu konsolidieren, und die dort beschäftigte Bevölkerung wanderte teilweise in den Dienstleistungssektor oder in die Städte ab. Die Partei, welche die Interessen der Landwirte verteidigte, verlor ihre Daseinsberechtigung, und die Repräsentation der konservativ orientierten Landbewohner wurde von der stärker werdenden PiS übernommen. Die PSL verfügte aber immer noch über entwickelte regionale Strukturen sowie angesehene Persönlichkeiten vor Ort, was bis heute einer ihrer wichtigsten Trümpe ist. Bei landesweiten Wahlen stimmen für die PSL praktisch nur noch Parteimitglieder, deren Familien, Angestellte der lokalen Selbstverwaltung in den von der PSL dominierten Gemeinden sowie lokale Unternehmer mit geschäftlichen Interessen im Agrarbereich. Diese spezifische Wählerschaft garantiert der PSL eine Unterstützung von zwei bis drei Prozent, so dass sie vor jeder Wahl einen »Gelegenheitspartner« sucht, um sicher zu gehen, dass sie die Prozhürde zum Einzug in den Sejm nimmt.

Das war auch die Logik, die bei der Allianz von PSL und Polen 2050 zum Tragen kam. Zu Beginn hatte der Dritte Weg keine klare ideologische Ausrichtung, was aber ein Vorteil war, denn so konnte eine Identität angepasst an die Erwartungen konkreter Wählergruppen konstruiert werden. Am rechten politischen Rand wuchs die Konföderation, die einen aggressiven Nationalismus mit Schlagworten wie Deregulierung, Beschränkung der Fiskalpolitik und Unterstützung für wirtschaftliche Freiheiten verband. Zwar wandte sie sich hauptsächlich an junge Wähler, aber als einzige Fürsprecherin eines wirtschaftlichen Liberalismus zog sie auch Kleinunternehmer an. Die Anführer des Dritten Weges erkannten dies als Chance für sich und präsentierten ein Alternativangebot, indem sie unternehmerfreundliche Forderungen mit einer allgemeinen demokratischen und proeuropäischen Identifikation verbanden. Das Experiment gelang, denn das Bündnis zweier Parteien, die sich vor dem Verschwinden in die Bedeutungslosigkeit im Falle eines Alleingangs retten wollten, erlangte bei den Parlamentswahlen den dritten Platz.

Der PSL-Parteichef Władysław Kosiniak-Kamysz, der sich des Vertrauens von Donald Tusk erfreut, wurde stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Hołownia wollte nicht Mitglied der Regierung werden, sondern peilte das Amt des Parlamentsvorsitzenden (Sejmmarschall) an. Es war kein Geheimnis, dass er mit einer erneuten Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2025 liebäugelte, und da gilt die Position des Marschalls mit der Würde des »zweiten Mannes im Staat« in der polnischen Politik als ideales Sprungbrett für den Wettbewerb um das höchste Staatsamt.

Hołownias Erwartungen lagen nicht unbedingt auf der Hand, zumal er als Parlamentsabgeordneter erst debütierte. Doch Tusk war einverstanden, wobei im Koalitionsvertrag eine Ablösung vereinbart wurde: In der Mitte der Wahlperiode sollte Hołownia Platz für den Vorsitzenden der Neuen Linken, Włodzimierz Czarzasty, machen. Das war kein Problem, denn dieser Zeitpunkt lag nach den Präsidentschaftswahlen. Hołownias Debüt war imponierend. Die neue Koalition übernahm die Regierung, und nach den langen und bedrückenden Jahren der PiS-Regierung hielt die Atmosphäre eines demokratischen Festivals Einzug, dessen Vortänzer der neue Sejmmarschall war. Er nutzte seine medialen Talente und leitete die Parlamentssitzungen mit einer bisher nicht gesehenen Verve und mit Humor, aber zugleich unter Beachtung der Regeln und mit hoher politischer Kultur. Die Beratungen des Sejms zogen im Internet plötzlich ein Millionenpublikum an. Für eine bestimmte Zeit wurden sie sogar im Kino gezeigt und füllten die Zuschauersäle. Hołownia wurde wieder zum Politstar.

Dieses Festival endete allerdings nach kurzer Zeit und der Schwerpunkt verlagerte sich auf die Regierung. Tusk leitete die Koalition mit harter Hand und wandte die bereits aus seinen letzten Regierungen bekannte Praxis an, Erfolge persönlich bekannt zu geben und für Fehler die Koalitionspartner verantwortlich zu machen. Die Beziehungen innerhalb der Koalition begannen sich also zu verschlechtern, denn die kleineren Partner waren nicht imstande, sich zu profilieren. Sie versuchten, außerhalb der Regierung eigene Projekte voranzutreiben und sich ideologisch voneinander abzugrenzen, was zu weiteren Auseinandersetzungen führte, weil der rechte Flügel des Dritten Weges sich gegen Ideen der Neuen Linken stellte und umgekehrt.

Die meisten Fehler machte Hołownia, der die Irrungen und Wirrungen des politischen Spiels nur unzulänglich überblickte. Besonders unbeliebt machte er sich dadurch, dass er die parlamentarische Arbeit am Gesetz über die Liberalisierung des Abtreibungsrechts verzögerte, was selbst den Wählern seiner Partei nicht gefiel. Ein egozentrischer Politiker nimmt seine eigenen Fehler gewöhnlich nicht wahr, und so gab Hołownia zu verstehen, dass Tusk für die sinkenden Umfragewerte von Polen 2050 verantwortlich sei. Beim Präsidentschaftswahlkampf 2025,

bei dem auch Hołownia antrat, ließ sich die Gegnerschaft deutlich erkennen: Er stand zwischen dem Kandidaten der PiS und dem der KO und griff beide mehr oder weniger gleichermaßen an, als hätte er mit dem Regierungsbündnis schon nichts mehr gemeinsam. Das half allerdings nicht viel. Bei den Wahlen spielte er keine wesentliche Rolle und erhielt nur knapp fünf Prozent der Stimmen, verhehlte aber nicht, dass er mit viel mehr gerechnet hatte.

Gleich nach den Präsidentschaftswahlen beging er den häufigsten Fehler in einer politischen Karriere – er verletzte das heilige Gesetz der Polarisierung.

Ein nächtliches Rendezvous

Die Präsidentschaftswahlen gewann der von der PiS unterstützte politische Neuling Karol Nawrocki. Der Frust im Koalitionslager war riesig, galt doch die Besetzung des Präsidentenamtes als eines seiner wichtigsten Ziele. Davon machte man die Realisierung aller wichtigeren Reformen abhängig, insbesondere die Wiederherstellung des vom PiS-Lager demontierten Rechtssystems.

In der Kernwählerschaft der Bürgerkoalition griff die Verschwörungstheorie von den gefälschten Wahlen um sich. Sie war ziemlich irrational und stützte sich auf obscure Thesen, war aber als psychologische Kompensation des großen Traumas attraktiv. Gefördert wurde sie von einigen Politikern der Bürgerkoalition sowie bekannten Influencern. In der Folge wuchs der Druck von unten auf Hołownia, die Vereidigung des neuen Präsidenten bis zu einer erneuten Stimmenausrählung zu verschieben, obwohl es für ein solches Vorgehen keine rechtliche Grundlage gab.

Hołownia hatte nicht die Absicht, diesem Druck nachzugeben, was eindeutig als sein Verdienst anerkannt werden muss. Er ging allerdings unklug vor und ließ sich von PiS-Politikern bezirzen, die ihn mit Lob überhäuften und für ihn ein Treffen mit PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński arrangierten. So etwas aber verzeihen die in einem radikal polarisierten Konflikt engagierten Wähler nicht. Zehn Jahre zuvor hatte ein ähnliches Manöver die Karriere des damaligen SLD-Chefs und Ministerpräsidenten Leszek Miller praktisch beendet. Hätte Hołownia den PiS-Vorsitzenden einfach zu einem offiziellen Besuch zu sich ins Amt eingeladen, wäre daraus sicherlich kein solches Problem entstanden. Aber das Gespräch fand am späten Abend in der Privatwohnung eines PiS-Politikers statt, und vermeintlich ganz zufällig wurden die Beteiligten anschließend beim Herauskommen von den Medien in Empfang genommen. Offensichtlich handelte es sich um eine Intrige, mit der die Regierungskoalition in Brand gesetzt werden sollte. Dazu kam es auch. Hołownia wurde Feind Nummer Eins in seinem Lager, und sogar seine eigene Partei war empört über das nächtliche Rendezvous.

So verlor er den letzten Rest an Respekt und Beliebtheit und außerdem auch seinen Posten, da im Herbst

die vereinbarte Rotation im Amt des Sejmarschalls stattfand. Das Projekt »Dritter Weg« war tot, da die PSL wieder ihrer eigenen Wege ging. Die Partei Polen 2050 bedeutete praktisch auch nichts mehr, da sie nur ein Vehikel für die Ambitionen ihres Anführers gewesen war. Als symbolische Unterstützung besaß sie allerdings noch 30 Parlamentssitze, und von diesen hing die Mehrheit im Sejm ab. Ende des Jahres kündigte Hołownia seinen Rückzug vom Amt des Parteivorsitzenden an und bewarb sich um einen lukrativen Posten bei den Vereinten Nationen, den er jedoch nicht bekam.

Bei den parteiinternen Wahlen setzte er auf seine enge Mitarbeiterin Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, die in der Regierung Tusk dem Ministerium für Fonds und Regionalpolitik vorsteht. Das war nicht die beste Entscheidung, denn sie ist zwar eine kompetente Politikerin, was die staatlichen Belange betrifft, aber ausgesprochen schwierig in der Zusammenarbeit. Ihr Konflikt mit dem Ministerpräsidenten ist ein offenes Geheimnis und zusätzlich zeigte sich, dass sie auch in der eigenen Partei Widerstand weckt. Polen 2050 war auf diese Wahlen nicht vorbereitet, die dann auch zu einer Katastrophe wurden. Nach einer Serie gegenseitiger Fouls und organisatorischer Winkelzüge überholte Pełczyńska-Nałęcz mit minimalem Abstand ihre Partei- und Ministerkollegin Paulina Hennig-Kloska. Diese verließ später die Partei und nahm gleich die Hälfte der Fraktionsmitglieder mit. Die Zusammensetzung der Regierungskoalition erweiterte sich somit um einen weiteren Partner, der sich den Namen Zentrum (Centrum) gab. Man kann sich leicht denken, dass die Beziehungen zwischen dem Kreis um Hołownia und den Abtrünnigen sehr angespannt sind, was unlängst zu einem offenen Konflikt bei der Abstimmung über einen von der Opposition eingebrachten Antrag auf ein Misstrauensvotum gegenüber Hennig-Kloska führte.

Wie geht es weiter?

Die Position der PSL scheint ungleich besser zu sein. Zurzeit agiert sie selbständig, aber in die kommenden Parlamentswahlen wird sie mit großer Wahrscheinlichkeit in einem Bündnis starten. Unklar ist allerdings noch, mit wem. Die PSL hofft darauf, dass vor den Wahlen irgendeine neue Initiative auftauchen wird, was in der polnischen Politik der Normalfall wäre. Und falls es nicht dazu kommen sollte, würde sie bestimmt das Angebot des Ministerpräsidenten annehmen und auf der Wahlliste der Bürgerkoalition starten. Tusk nämlich liegt daran, einen Brückenkopf auf dem konservativen Land zu halten. Schon während seiner ersten Regierungen (2007–2014) hat er mit der PSL koalitiert, und die Zusammenarbeit ist ihnen alles in allem gelungen. Für die PSL wäre ein

Wahlbündnis mit der deutlich stärkeren Bürgerkoalition allerdings nur im Notfall eine Option zur Absicherung.

Auf den Wahllisten der Bürgerkoalition Platz zu finden, ist das Hauptziel der Fraktion Zentrum, und vielleicht erhalten manche ihrer Mitglieder diese Chance. Das nötigt sie zur Loyalität in der laufenden Regierungsarbeit. Auf dem gegenüberliegenden Pol befindet sich Polen 2050 von Pełczyńska-Nałęcz und – im Hintergrund – Hołownia. Diese Gruppierung hat ihre Koalitionskompetenz vermutlich für immer verspielt. Die neue Parteichefin macht dennoch gute Miene zum bösen Spiel und stellt weitere ambitionierte Projekte vor, die zeigen sollen, dass Polen 2050 sich als Fürsprecher der Mittelschicht versteht. Allerdings sind sie nicht mit der Politik der Regierung abgestimmt, die mit einer ernsten Haushaltskrise ringt, so dass sie sehr wahrscheinlich abgewiesen werden. Das wiederum wird wohl weitere Konflikte auslösen, zumal die vereinsamte Partei nichts mehr zu verlieren hat. Kaum einer in der polnischen Politik glaubt, dass sie bis zur nächsten Legislatur durchhalten wird.

Die allgemeine Unvorhersehbarkeit des Handelns und die übermäßige Emotionalität von Polen 2050 ruft unter den Koalitionspartnern immer stärker die Sorge hervor, dass sich die Partei auf der Suche nach einem klaren Profil noch vor den Parlamentswahlen 2027 entscheiden wird, die Koalition zu verlassen. Das hätte eine ernste politische Krise zur Folge. Ein solches Vorgehen wäre allerdings auch hinsichtlich der Wahlen mit hohen Kosten verbunden, da die sich im Niedergang befindende Partei Polen 2050 am Ende wohl nur ein bis zwei Prozent der Wählerstimmen auf sich ziehen würde. Es ist daher nicht auszuschließen, dass Tusk schon vorher einen Wendepunkt provozieren und den schwierigen Partner aus der Regierung werfen wird. Gleichzeitig könnte er versuchen, die Mehrheit der Abgeordneten auf seine Seite zu ziehen, um die Mehrheit im Sejm zu retten und letztlich den Kreis um Hołownia zu neutralisieren, indem diesem die Möglichkeit genommen wird, eigene Wahllisten aufzustellen. Dieses Szenario scheint aktuell recht wahrscheinlich zu sein.

Wie auch immer, Polen 2050 geht seinem Ende entgegen. Paradoxerweise zeichnet es sich in einer Zeit ab, in der sich die Polarisierung auf der Linie PiS – Bürgerkoalition wegen eines Generationenwechsels, dem Aufkommen alternativer politischer Modelle und neuer Kommunikationstechnologien tatsächlich abzuschwächen scheint. Für Szymon Hołownia ist das jedoch nur ein schwacher Trost, denn alles weist darauf hin, dass nicht er der Nutznießer dieser Prozesse sein wird.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

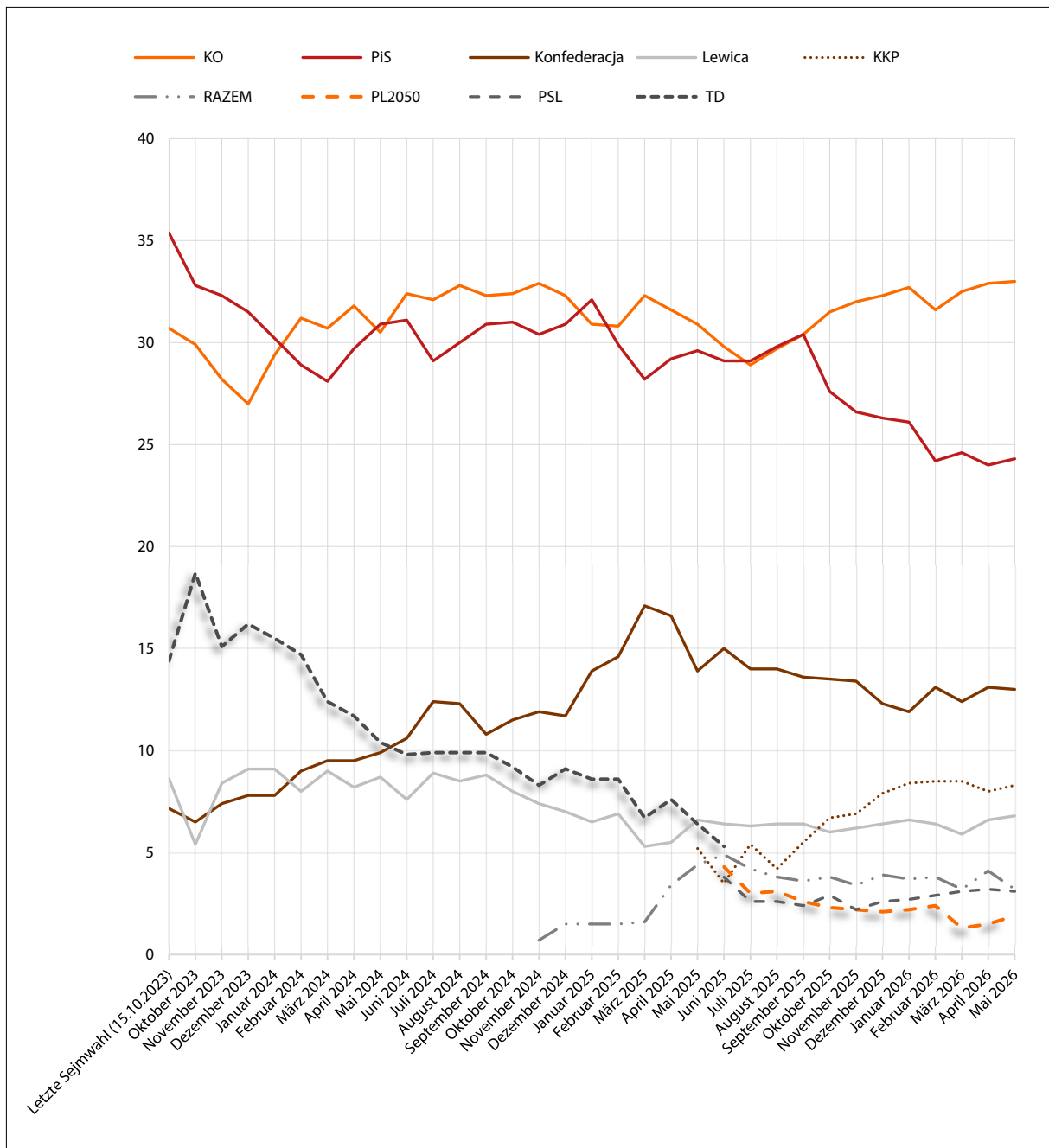
Über den Autor

Rafał Kalukin ist Journalist und politischer Kommentator des Wochenmagazins Polityka.

UMFRAGEN

Parteipräferenzen

Grafik 1: Parteipräferenzen, 15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis Mai 2026



Anm.: Die Kategorie »unentschiedene Wähler« wird nicht aufgeführt.

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Neue Linke; KKP – Konfederacja Korony Polskiej/Konföderation der Polnischen Krone; Razem/Gemeinsam; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewyborcy.eu/sondaze/> (abgerufen am 01.06.2026).

Tabelle 1: Parteipräferenzen, 15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis Mai 2026

	Letzte Sejmwahl (15.10.2023)	Oktober 2023	November 2023	Dezember 2023	Januar 2024	Februar 2024	März 2024	April 2024	Mai 2024	Juni 2024
KO	30,7	29,9	28,2	27	29,4	31,2	30,7	31,8	30,5	32,4
PiS	35,38	32,8	32,3	31,5	30,2	28,9	28,1	29,7	30,9	31,1
Konfederacja	7,16	6,5	7,4	7,8	7,8	9	9,5	9,5	9,9	10,6
Lewica	8,61	5,4	8,4	9,1	9,1	8	9	8,2	8,7	7,6
KKP										
Razem										
PL 2050										
PSL										
TD	14,4	18,7	15,1	16,2	15,5	14,7	12,4	11,7	10,4	9,8

	Juli 2024	August 2024	September 2024	Oktober 2024	November 2024	Dezember 2024	Januar 2025	Februar 2025	März 2025	April 2025
KO	32,1	32,8	32,3	32,4	32,9	32,3	30,9	30,8	32,3	31,6
PiS	29,1	30	30,9	31	30,4	30,9	32,1	29,9	28,2	29,2
Konfederacja	12,4	12,3	10,8	11,5	11,9	11,7	13,9	14,6	17,1	16,6
Lewica	8,9	8,5	8,8	8	7,4	7	6,5	6,9	5,3	5,5
KKP										
Razem					0,7	1,5	1,5	1,5	1,6	3,4
PL 2050										
PSL										
TD	9,9	9,9	9,9	9,2	8,3	9,1	8,6	8,6	6,7	7,6

	Mai 2025	Juni 2025	Juli 2025	August 2025	September 2025	Oktober 2025	November 2025	Dezember 2025	Januar 2026	Februar 2026
KO	30,9	29,8	28,9	29,7	30,4	31,5	32	32,3	32,7	31,6
PiS	29,6	29,1	29,1	29,8	30,4	27,6	26,6	26,3	26,1	24,2
Konfederacja	13,9	15	14	14	13,6	13,5	13,4	12,3	11,9	13,1
Lewica	6,6	6,4	6,3	6,4	6,4	6	6,2	6,4	6,6	6,4
KKP	5,2	3,5	5,4	4,2	5,5	6,7	6,9	7,9	8,4	8,5
Razem	4,4	4,9	4,2	3,8	3,6	3,8	3,4	3,9	3,7	3,8
PL 2050		4,3	3	3,1	2,6	2,3	2,2	2,1	2,2	2,4
PSL		3,8	2,6	2,6	2,4	2,9	2,2	2,6	2,7	2,9
TD	6,4	5,3								

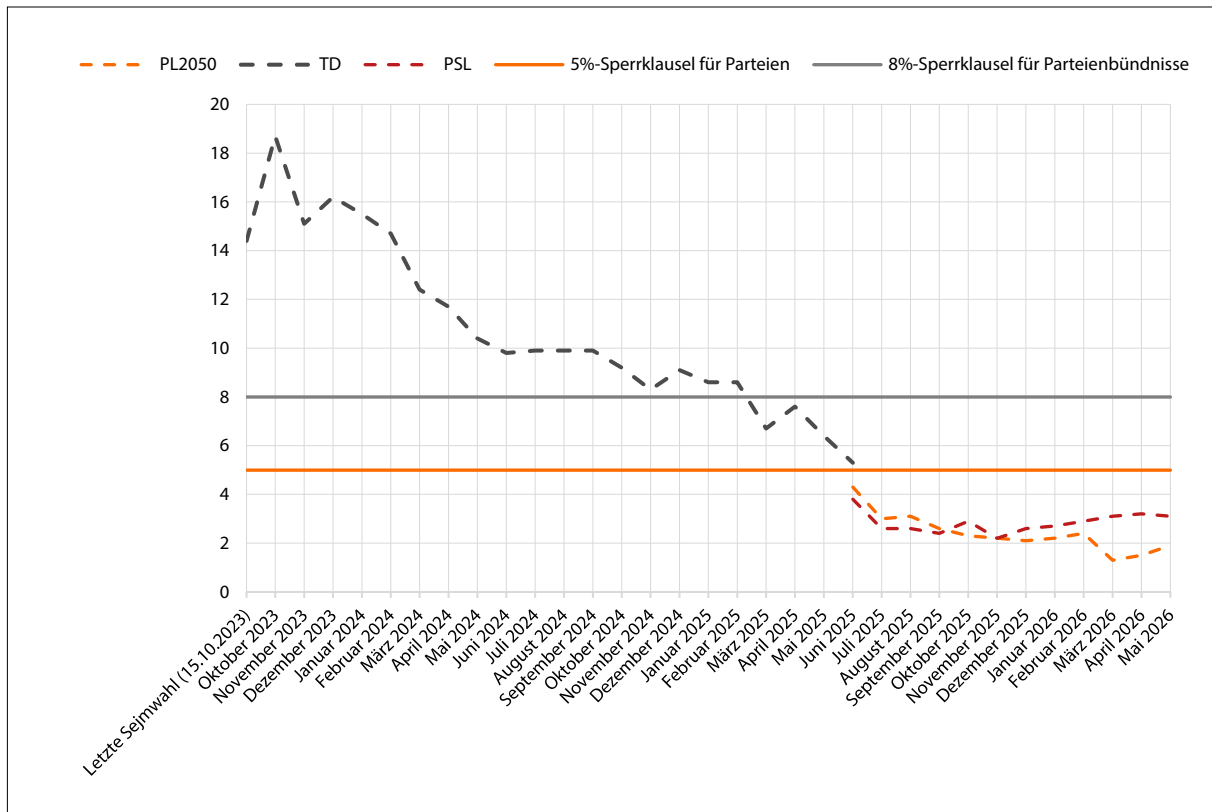
	März 2026	April 2026	Mai 2026
KO	32,5	32,9	33
PiS	24,7	24	24,3
Konfederacja	12,4	13,1	13
Lewica	5,9	6,6	6,8
KKP	8,5	8	8,3
Razem	3,2	4,1	3,2
PL 2050	1,3	1,5	1,9
PSL	3,1	3,2	3,1
TD			

Anm.: Die Kategorie »unentschiedene Wähler« wird nicht aufgeführt.

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Neue Linke; KKP – Konfederacja Korony Polskiej/Konföderation der Polnischen Krone; Razem/Gemeinsam; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 01.06.2026).

Grafik 2: Parteipräferenzen und Sperrklauseln für den Einzug ins Parlament



Anm.: Für Parteien gilt eine Sperrklausel von fünf Prozent, für Parteienbündnisse beträgt sie acht Prozent.

PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL); PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 01.06.2026).

CHRONIK

19. Mai – 1. Juni 2026

19.05.2026	Lech Wałęsa, Anführer der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen und nach 1989 Präsident der Republik Polen, wird im Europäischen Parlament in Straßburg die höchste Stufe des Europäischen Verdienstordens verliehen. Neben Wałęsa werden Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel und der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj ebenfalls mit der höchsten Stufe (»Verdienstvolle Mitglieder des Ordens«) gewürdigt. Als »Ehrenhaftes Mitglied« wird Jerzy Buzek, ehemaliger Ministerpräsident Polens und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, ausgezeichnet. Mit dem Europäischen Verdienstorden ehrt die EU Personen, die einen Beitrag zur europäischen Integration oder zur Förderung und Verteidigung der Grundwerte der EU geleistet haben.
19.05.2026	Das US-Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass die USA die Zahl der in Europa stationierten Kampfbrigaden von vier auf drei reduzieren, was der Anzahl im Jahr 2021 entspricht. Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz teilt nach einem Gespräch mit US-Verteidigungsminister Pete Hegseth mit, es sei keine Entscheidung gefallen, die US-amerikanischen Kapazitäten in Polen zu reduzieren. US-Vizepräsident J.D. Vance informiert, dass es sich bei der aktuellen Aussetzung der Rotation US-amerikanischer Soldaten in Polen lediglich um eine Verzögerung handele und keine neue Entscheidung über diese Brigade getroffen worden sei.
20.05.2026	Der ungarische Ministerpräsident Péter Magyar beendet in Warschau seinen zweitägigen Besuch in Polen nach Gesprächen mit Ministerpräsident Donald Tusk, Präsident Karol Nawrocki und Regierungsmitgliedern. Vorher war er in Krakau (Kraków) und Danzig (Gdańsk), wo er von Kardinal Grzegorz Ryś bzw. Lech Wałęsa, Anführer der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen und später Präsident in der Republik Polen, empfangen wurde. Es ist Magyars erste Auslandsreise nach seinem Amtsantritt Anfang Mai, was als Zeichen eines Neustarts in den polnisch-ungarischen Beziehungen nach der Regierungszeit von Viktor Orbán gewertet wird.
21.05.2026	Innenminister Marcin Kierwiński gibt bekannt, dass für Ben Gwir, Minister für Nationale Sicherheit Israels, ein fünfjähriges Einreiseverbot nach Polen verhängt wurde. Am Vortag hat Gwir ein Video veröffentlicht, das ihn zeigt, wie er festgenommene internationale Aktivisten der Globalen Sumud-Flotille verspottet. Darunter befanden sich auch polnische Staatsangehörige. Die zivilgesellschaftliche Initiative war auf dem Weg, um in dem von Israel besetzten Gazastreifen humanitäre Hilfe zu leisten.
23.05.2026	Medienberichten zufolge verlangen zwei Abgeordnete der Demokratischen Partei im US-Repräsentantenhaus, Gregory Meeks und James Raskin, von US-Außenminister Marco Rubio Aufklärung darüber, ob bei der Visumsvergabe an den ehemaligen polnischen Justizminister Zbigniew Ziobro Vertreter der US-Regierung beteiligt waren und die Vergabe rechtskonform verlief. Gegen Ziobro hat die polnische Landesstaatsanwaltschaft Anklage erhoben, u. a. wegen Veruntreuung von öffentlichen Geldern, Amtsmissbrauchs und Führens einer kriminellen Vereinigung während seiner Amtszeit in der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Ziobro hatte zunächst Asyl in Ungarn zur Zeit der Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán erhalten. Seit Mitte Mai hält er sich in den USA auf.
24.05.2026	In Krakau (Kraków) wird in einem Referendum der Stadtpräsident Aleksander Miszański (Bürgerkoalition/ Koalicja Obywatelska – KO) mit 97,93 Prozent zu 2,07 Prozent der Stimmen (Wahlbeteiligung: 29,99 Prozent) abgewählt. Die Initiative, das Referendum durchzuführen, ging von einer Gruppe von Bürgern aus, der sich Politiker der Opposition angeschlossen haben. Sie werfen Miszański u. a. die Verschuldung der Stadt, Vernetzung und das Brechen von Wahlversprechen vor. Bis zu den Neuwahlen wird ein kommissarischer Stadtpräsident eingesetzt, der vom Ministerpräsidenten berufen wird. Medien berichten, dass das Referendum nicht primär einer bestimmten Partei zuzuordnen war, allerdings würden Politiker von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ein solches Vorgehen als Möglichkeit sehen, wie der Einfluss der KO in Großstädten zurückgedrängt werden könne.
25.05.2026	Das Außenministerium erklärt, jegliche Angriffe auf diplomatische Vertretungen Polens in der Ukraine als »zielgerichtet und absichtlich« zu bewerten. Damit reagiert das Ministerium auf eine Warnung Russlands, systematisch Angriffe auf Militärobjekte im Gebiet Kyjiw zu verüben. Russland empfiehlt deshalb Ausländern und diplomatischen Vertretungen, die ukrainische Hauptstadt schnellstmöglich zu verlassen.
26.05.2026	Der Sprecher des Außenministeriums Maciej Wewiór teilt mit, dass der Botschafter Russlands, Georgij Michno, einbestellt wurde. Russland sei entschieden dazu aufgerufen worden, den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden und das internationale Recht einzuhalten. Weiter sagt Wewiór, die Einbestellung des Botschafters sei mit anderen europäischen Partnern abgestimmt worden. Auch in Berlin und Brüssel wurde der Botschafter bzw. Charge d'Affaires einbestellt.

27.05.2026	In London unterzeichnen Ministerpräsident Donald Tusk und der britische Premierminister Keir Starmer einen Partnerschaftsvertrag über die bilaterale Zusammenarbeit beider Länder im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Ein Schwerpunkt liegt auf der Cybersicherheit.
28.05.2026	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass sich Vizeverteidigungsminister Paweł Bejda bei seinem Besuch in den USA mit seinen Amtskollegen im US-Verteidigungsministerium Michael Duffey, Unterstaatssekretär für Einkäufe, und Thomas DiNanno, Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit, sowie mit Mary Beth Morgan, Direktorin der Agentur für Verteidigungszusammenarbeit, getroffen hat. Thema der Gespräche waren die weitere Stärkung der polnisch-US-amerikanischen Zusammenarbeit sowie der Technologietransfer im Verteidigungssektor.
29.05.2026	Der Verfassungsrechtler und Menschenrechtler Adam Bodnar wird mit dem Hambacher Freiheitspreis ausgezeichnet. Die Verleihung findet im Hambacher Schloss im rheinland-pfälzischen Neustadt an der Weinstraße statt. In seiner Laudatio würdigt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Bodnar als leidenschaftlichen Kämpfer für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Als Bürgerrechtsbeauftragter hat Bodnar den Umbau des Justizsystems bekämpft, den die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) betrieben hat.
29.05.2026	Ministerpräsident Donald Tuks kritisiert die Entscheidung der ukrainischen Führung, eine Militäreinheit der Ukrainischen Armee nach der Ukrainischen Aufständischen Armee, kurz UPA, zu benennen. Die Entscheidung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verletze die historische Sensibilität der Polen. Präsident Karol Nawrocki fordert, Selenskyj die höchste polnische Auszeichnung, den Orden des Weißen Adlers, abzuerkennen. Die UPA hat während des Zweiten Weltkrieges Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung begangen.
30.05.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz teilt bei der Unterzeichnung von Rüstungsverträgen im Rüstungsunternehmen Dezamet in Nowa Dęba mit, dass an diesem Tag im Rahmen des europäischen SAFE-Programms (Security Action for Europe) 29 Verträge im Wert von 78 Mrd. Zloty (ca. 18,4 Mrd. Euro) unterzeichnet werden. Dies sei ein historischer Schritt für die Modernisierung der polnischen Streitkräfte.
01.06.2026	Das Büro von Präsident Karol Nawrocki teilt mit, dass dieser seit Beginn seiner Amtszeit am 6. August 2025 20 eigene Gesetzesentwürfe vorgelegt, 33 parlamentarisch verabschiedete Gesetze mit Veto blockiert und sieben Gesetze an das Verfassungstribunal weitergeleitet sowie 211 verabschiedete Gesetze unterzeichnet hat. Anlass des Resümees ist der Jahrestag des gewonnenen zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen am 1. Juni 2025.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

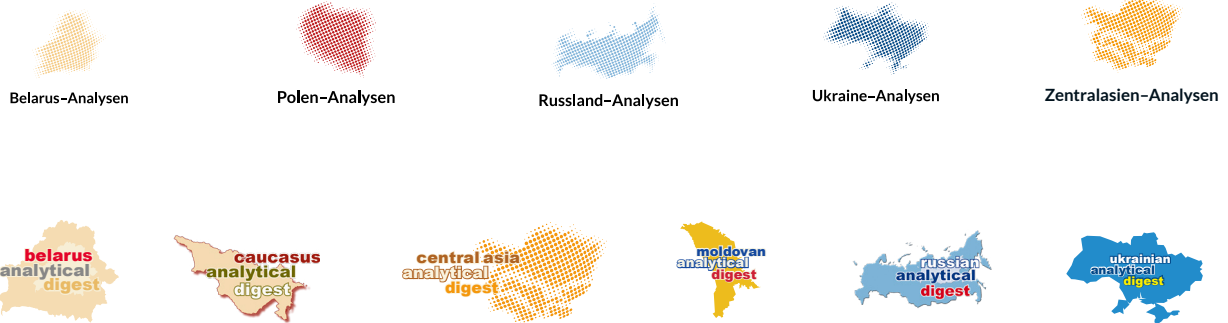
Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

